



INTEGRIERTE STADTTEILENTWICKLUNG 2021

Sonderausgabe „50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg“
Newsletter | Juni 2021 | Ausgabe 18



Hamburg. Deine Perlen.
Integrierte Stadtteilentwicklung



Editorial

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Bund-Länder-Städtebauförderung wird 50 und deshalb bundesweit gefeiert. In Hamburg hatte sie schon immer eine besondere politische Bedeutung. Mit der Städtebauförderung wurden die Altbauquartiere der inneren Stadt saniert und konnten sich zu beliebten Wohnvierteln entwickeln.

Mit der Städtebauförderung wurden Großwohnsiedlungen lebenswerter – durch Quartierszentren, Gestaltung der Wohnumfelder und attraktive soziale, sportliche und kulturelle Angebote.

Mit der Städtebauförderung wurden Zentren in den Bezirken zu lebendigen quirligen Standorten aufgewertet. Mit der Städtebauförderung wurde das gemeinsame Planen, Handeln und Finanzieren über viele fachpolitische Ziele hinweg zur Maxime der Verwaltung.

Mit der Städtebauförderung wurde Planungskultur weiterentwickelt: Im Zentrum stehen die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers!

Im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung bilden diese Facetten die Eckpfeiler des Programms. Mit dieser Sonderausgabe berichten wir über das Jubiläumsjahr und wie gewohnt über Aktuelles aus den RISE-Fördergebieten und zum Thema Soziale Erhaltungsverordnungen.

Allen, die sich in den letzten Jahrzehnten aktiv eingebracht und für ihre Quartiere eingesetzt haben, gilt zum 50. Jubiläum ein besonderer Dank: den engagierten Menschen, Vereinen und Initiativen im Quartier, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirksämtern, Behörden und öffentlichen Unternehmen, den Gebietsentwicklern und den privaten Investoren, die zum Erfolg der Quartiere beigetragen haben. Und nicht zuletzt den politisch Verantwortlichen, die mit dafür gesorgt haben, dass Hamburg heute aus vielen attraktiven, lebenswerten Quartieren besteht und auch deshalb eine der lebenswertesten Städte der Welt ist!

Ihre Jutta Vorkoeper
Im Namen der Abteilung Integrierte
Stadtteilentwicklung und des Amtes Wohnen,
Stadterneuerung und Bodenordnung,
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen



Hamburg. Deine Perlen.
Integrierte Stadtteilentwicklung

Auf einen Blick



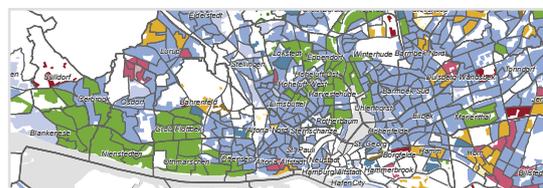
**3 Interview mit Senatorin
Dr. Dorothee Stapelfeldt**



**5 50 Jahre Städtebauförderung
in Hamburg**



**17 RISE-Fördergebiete
in Vorbereitung**



**19 Ergebnisse
des aktuellen Sozialmonitorings**



20 Übersichtskarte Fördergebiete



22 Soziale Erhaltungsverordnung

Interview mit der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Dr. Dorothee Stapelfeldt

„Die Integrierte Stadtteilentwicklung als Erfolgsmodell“

Frau Dr. Stapelfeldt, dieses Jahr feiern wir 50 Jahre Bund-Länder-Städtebauförderung. Die Städtebauförderung legte den Grundstein für eine aktive und soziale Stadtteilentwicklung in Hamburg. Von Beginn an war das Engagement der Stadt für die Stadtteilentwicklung groß. Was waren aus Ihrer Sicht die entscheidenden Faktoren und Meilensteine des Erfolgsmodells der Hamburger Stadtteilentwicklung?

Für Hamburg galt und gilt noch immer der Grundsatz, bei städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen in den Stadtteilen frühzeitig und initiativ zu handeln. Neben der Bund-Länder-Städtebauförderung hat Hamburg daher immer auch eigene Programme der Stadtteilentwicklung aufgelegt, um mehr Quartiere fördern zu können und so die Wirkungen zu verstärken. So wurde neben der Förderung baulicher Maßnahmen auch immer ein Schwerpunkt darauf gelegt, die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Menschen in den Stadtteilen zu verbessern. Zudem ging es von Beginn an um die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Planung und der Umsetzung der Maßnahmen.

Ein frühes Hamburger Programm schon ab den 1970er Jahren war die „Stadterneuerung in kleinen Schritten“, kurz „SiKS“. Damit konnten kleine Altbauquartiere bzw. mehrere Baublöcke, die dringend instand gesetzt bzw. modernisiert werden mussten, erneuert und Baulücken geschlossen werden.

1990 wurde dann das „Hamburger Revitalisierungsprogramm“ vor allem für die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre geschaffen. Damit wurden nicht nur städtebauliche Missstände betrachtet und behoben, sondern der Blick richtete sich zunehmend auf die soziale Entwicklung der Stadtteile.

Bis Ende der 1990er Jahre förderte die Städtebauförderung fast ausschließlich bauliche Maßnahmen. Hatten die Hamburger Landesprogramme also Einfluss auf den Paradigmenwechsel auf Bundesebene hin zu einer Integrierten Stadtteilentwicklungspolitik?

Ja, ich denke schon. Hamburg reagierte mit den genannten eigenen Landesprogrammen als eines der ersten Länder auf die Gefahren einer zunehmenden gesellschaftlichen und sozialen Polarisierung.

Eine Vorreiterrolle bestand auch darin, einen ganzheitlichen Blick auf die Quartiere zu nehmen, die verschiedenen Fachressorts für die besonderen Handlungsbedarfe der Fördergebiete zu sensibilisieren und eine Vernetzung der Fachpolitiken zu ermöglichen. Daher fasste Hamburg 1998 die verschiedenen Landesprogramme „mit dem „Sanierungsprogramm“ der Städtebauförderung zum Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ zusammen. Damit war es noch besser möglich, fachpolitische Aktivitäten zusammenzubinden und öffentliche und private Ressourcen zu verknüpfen. Das Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ war damit ein Vorläufer des jetzigen „Hamburger Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung“, kurz „RISE“.

1999 wurde die „Soziale Stadt“ in die Städtebauförderung eingeführt. Dies



folgte auch der Erkenntnis, dass das Sanierungsrecht in vielen Gebieten nicht erforderlich war und Verfahren vereinfacht werden konnten. Bundesweit wurde damit erstmals das Ziel formuliert, die Lebenssituation in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf, d.h. mit besonderen sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Problemen, ganzheitlich und mit einem integrativen Ansatz zu verbessern. Außerdem haben Instrumente wie das Quartiersmanagement und die Beteiligung und Aktivierung der Akteure vor Ort als fester Bestandteil der Stadtteilentwicklung in die Programme der Städtebauförderung Einzug gehalten.

Was hat sich in den letzten Jahren verändert?

Im Laufe der Jahre kamen immer mehr Programme in der Städtebauförderung dazu: Die „Soziale Stadt“, der „Stadtumbau“, der „Städtebauliche Denkmalschutz“, das Zentrenprogramm. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) haben wir in Hamburg ab 2009 ein gemeinsames Dach für die Landesprogramme und die verschiedenen Bund-Länder-Programme geschaffen. Auf Quartierebene führen wir damit die verschie-

denen Fachpolitiken zusammen und können öffentliche Ressourcen erfolgreich bündeln. Neben Stadtentwicklung und Wohnen wirken die Ressorts Soziales, Bildung, Kultur, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr gemeinsam mit den Bezirksämtern seit Jahren in den Quartieren zusammen.

Was denken Sie hat die Städtebauförderung für die Hamburger Stadtteilentwicklung über die lange Zeit hinweg eigentlich so wirksam gemacht?

Zunächst mal ist die Städtebauförderung das einzige Programm, das nicht einzelne Gebäude oder Projekte fördert, sondern die Entwicklung eines gesamten Quartiers in den Mittelpunkt stellt. Besonders wirksam ist meines Erachtens der integrierte Ansatz, der sowohl auf räumlicher als auch auf thematischer Ebene in Hamburg schon seit langem verfolgt wird. Dies betrifft die Klärung der konkreten Erfordernisse vor Ort gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, und es betrifft auch die Lösung dieser Handlungsbedarfe vor Ort. Egal ob Jugendzentrum, Quartierszentrum, neue Wegeverbindung oder Platzumgestaltung – es gilt der Grundsatz: Es wird gemeinsam finanziert. Ohne RISE-Mittel würde es nicht funktionieren, aber nur mit RISE-Mitteln würden wir auch nicht weit kommen. Durch den Grundsatz der Mittelbündelung haben wir es in den letzten Jahren geschafft, jedes Jahr etwa 60 Millionen Euro in die Quartiere zu investieren.

Ist dies die Leistung allein Ihrer Behörde, der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen?

Ganz sicher nicht! Ganz wichtig sind hier die Bezirksämter! Mit ihren Kenntnissen vor Ort managen sie zusammen mit ausgewählten Gebietsentwicklern die jahrelange Entwicklung von Quartieren. Sie aktivieren die Menschen, die Gewerbetreibenden, die Wohnungsunternehmen, die Vereine, die öffentlichen und sozia-

len Einrichtungen und Initiativen in den Quartieren. Und erst durch das gemeinsame Engagement der vielen Beteiligten im Quartier wird die Quartiersentwicklung erfolgreich.

Das klingt ja alles nach einer großen Erfolgsgeschichte. Besteht auf den anderen Seite aber nicht auch die Gefahr, dass einzelne Quartiere so aufgewertet werden, dass eine Gentrifizierung stattfindet und die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner fortziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können?

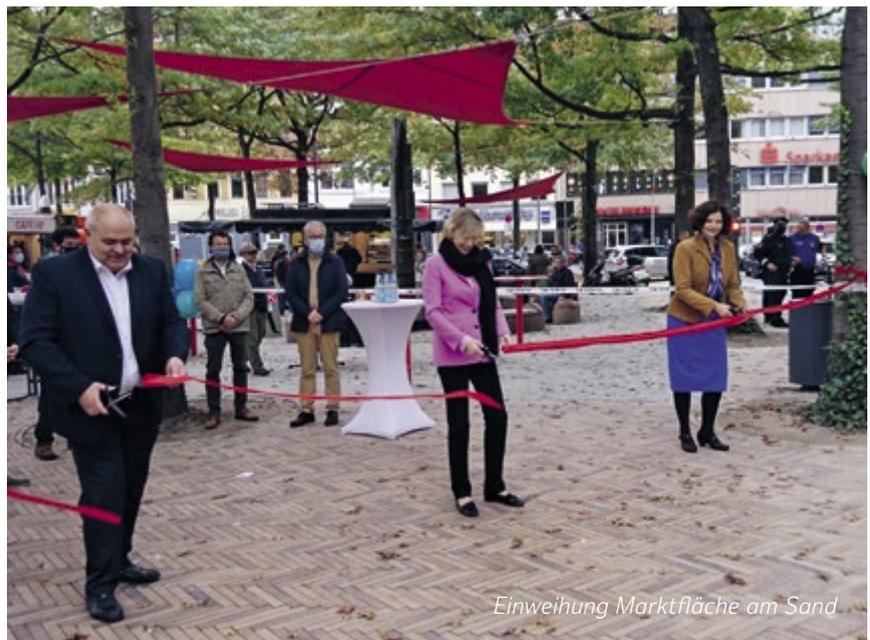
Es gibt diese Ambivalenz: wir stabilisieren und entwickeln die Stadtteile, weil wir die Lebensqualität der Menschen in ihren Quartieren verbessern wollen. Das ist positiv für die Menschen, die dort leben. Damit städtebauliche Aufwertungen nicht dazu führen, dass Menschen mit normalen Einkommen aus ihren Quartieren verdrängt werden, erlassen wir in ausgewählten Gebieten eine „Soziale Erhaltungsverordnung“. In den Altbauquartieren und innerstädtischen Stadtvierteln wollen wir so der Gefahr der Verdrängung entgegenwirken. So wird bezahlbarer Wohnraum auch in den aufgewerteten, ehemaligen Fördergebieten erhalten und die an-

sässige Bevölkerung vor Verdrängung geschützt. Dies spielt eine zunehmend wichtige Rolle.

Welche Herausforderungen sehen Sie außerdem für die künftige Stadtteilentwicklung und Städtebauförderung?

Aktuell sehen wir vor allem, dass die Corona-Pandemie sich stark auf das Leben in den Quartieren und Zentren in den Stadtteilen auswirkt. Geschäfte, Betriebe und Schulen mussten temporär schließen. Das soziale Miteinander und das gesellschaftliche Leben wurden auf eine harte Probe gestellt. Kommunikation hat sich zunächst in die digitale Welt verlagert. Es haben sich jedoch auch nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke in den Quartieren gebildet.

Herausforderung für die künftige Stadtteilentwicklung wird es nun sein, die nachbarschaftlichen Beziehungen in den Quartieren zu stärken. Lebendige Quartiere sind Quartiere, die gute Wohnbedingungen, soziale Stabilität und Möglichkeiten für Freizeit, Bewegung und Naherholung und Begegnung bieten. Den sozialen Zusammenhalt so zu sichern, wird auch in Zukunft die zentrale Herausforderung sein.“



Einweihung Marktfläche am Sand



50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg

1971 begann mit dem neuen Städtebauförderungsgesetz und der damit verbundenen Finanzierung über Bund-Länder-Programme die Erfolgsgeschichte der Stadterneuerung in Deutschland. Die Verantwortlichen in den Kommunen bekamen Instrumente in die Hand, um Quartiere sanieren und die erforderlichen Investitionen dafür aufbringen zu können. Die Städtebauförderung hat sich seitdem kontinuierlich weiterentwickelt – bis hin zur Integrierten Stadtteilentwicklung.

Städtebauförderung hat immer auch etwas mit widerstreitenden Interessen zu tun. Vieles, was Anfang der 1970er Jahre noch umkämpft war, ist heute Konsens – wie die Erhaltungswürdigkeit von historischen städtebaulichen Strukturen und der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartieres vor Verdrängung. Die Städtebauförderung hat in Hamburg nicht nur dazu beigetragen, das Stadtbild positiv zu entwickeln und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Sie hat auch Impulse für eine lebendige Demokratie in unserer Stadtgesellschaft gesetzt.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen lädt Sie herzlich ein zur Ausstellung „50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg“ vom 13. September bis 16. Oktober 2021 im Foyer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Begleitend finden interessante Stadtteilrundgänge und Veranstaltungen vom 12. September bis 2. Oktober statt. Informationen erhalten Sie unter <http://www.t1p.de/50-Jahre-Staedtebauforderung-in-Hamburg>



Sanierung als Bewahren statt Abriss

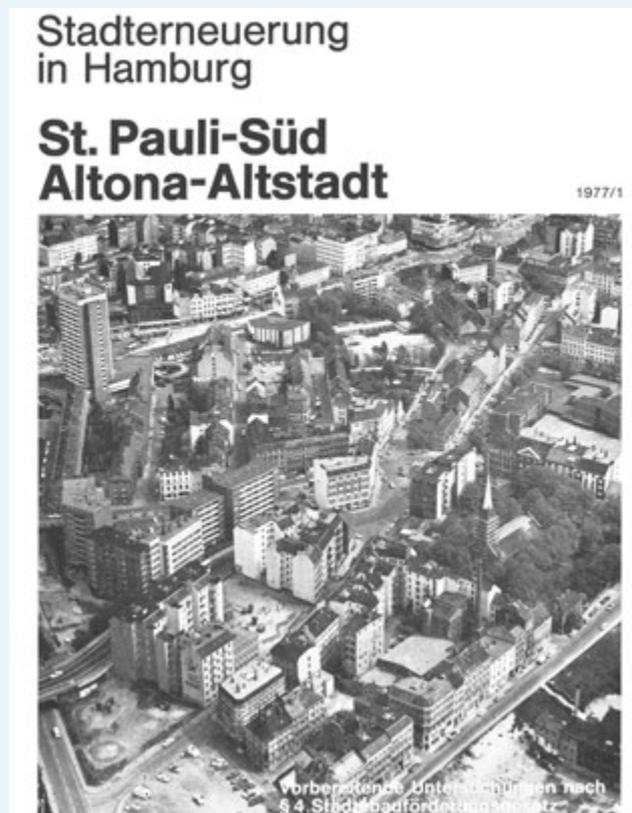
Im Mittelpunkt der Städtebauförderung in Hamburg standen zunächst die innerstädtischen Altbauviertel. Statt um Flächensanierung mit großflächigem Abriss und Neubau ging es ab jetzt um eine behutsame Sanierung, die ganze Quartiere in den Blick nahm. Städtebauliche Missstände und der daraus resultierende Handlungsbedarf wurden detailliert untersucht, Sanierungsgebiete räumlich abgegrenzt und vom Senat beschlossen. Für die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen wurden die Grundeigentümer mit ins Boot geholt. Und das Städtebauförderungsgesetz machte Mitwirkung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung verpflichtend. Finanziert wurden die Sanierungsmaßnahmen von Beginn an gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen. Hamburg übernimmt bis heute als Stadtstaat zwei Drittel der Kosten, während der Bund ein Drittel beisteuert.

Ein neues Instrument wird erprobt

Altona-Altstadt (Hamburger Hochstraße) und St. Pauli-Süd (Friedrichstraße) gehören zu den frühen Sanierungsgebieten, in denen das neue Sanierungsverfahren erprobt wurde. Die Altbauten rund um den Hein-Köllisch-Platz sollten modernisiert und instandgesetzt werden. Und kein St. Paulianer sollte gegen seinen Willen den Stadtteil verlassen müssen.

In der Praxis wurde die Sanierung zu einem langen Ringen. 1974 starteten die vorbereitenden Untersuchungen.

Sanierungsträgerin wurde die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA. Das Gutachten von 1977 listete einen hohen Modernisierungsbedarf auf: Drei Viertel der Wohnungen waren sanierungsbedürftig. 80 Prozent hatten kein Bad,



ebenso viele nur eine Ofenheizung. Um die Zahl der abzureißenden Gebäude entbrannte Streit. 1978 kam es auf einer Bürgerversammlung zu Protesten. Die Forderungen: Erhalt der Gebäude und Wiederbelegung der bereits leerstehenden Wohnungen. Die meisten Menschen wollten im Quartier bleiben und hatten Angst vor Verdrängung. Aufgrund eines neuen Gutachtens konnten am Ende mehr Gebäude erhalten und teilweise in Selbsthilfe ausgebaut werden. Bis 1996 wurden im Sanierungsgebiet schließlich 37 Prozent der Häuser abgerissen, 40 Prozent modernisiert und 20 Prozent instandgesetzt.

Ottensen: Behutsame Erneuerung Haus für Haus

Der ehemalige Arbeiterstadtteil Ottensen ist heute ein angesagtes Szeneviertel mit Kneipen und Cafés. Es ist der behutsamen Sanierung in den Jahren 1978 bis 1999 zu verdanken, dass der Stadtteil mit seiner besonderen Mischung aus Wohnen und Gewerbe eine hohe Lebensqualität bietet.

Bei der Sanierung ging es vordringlich um die Gebäudesubstanz der vielen Gründerzeitbauten. Im Erneuerungskonzept von 1985 ist Haus für Haus aufgelistet, welches Gebäude sanierungsbedürftig war, wo ein Abriss unvermeidbar war und wo eine Baulücke geschlossen werden konnte. Wichtigste Maßnahmen der Modernisierung waren Einbau von wärmedämmenden Fenstern, Bad oder Dusche und Zentralheizung. Im Zuge der Sanierung wurden rund 500 Wohnungen modernisiert und 365 neu errichtet.

Ziel war es, die traditionelle Mischung aus Wohnen und Gewerbe zu erhalten. Der Lärm des Wirtschaftsverkehrs der meist in den Hinterhöfen ansässigen Betriebe führte zu Konflikten. Auch hier plante man im Detail, wo Gewerbebauten modernisiert und wo sie zugunsten von Grünflächen oder Spielplätzen in den Höfen abgerissen werden sollten.

In Ottensen kamen auch neue Hamburger Förderprogramme zum Einsatz: „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ (SikS), das eine engere Verzahnung von Planungs- und Durchführungsphase erlaubte und partizipatorisch angelegt war; „Alternative Baubetreuung“, das auf alternative Wohnformen zugeschnitten ist; Modernisierung und Instandsetzung in Sanierungsgebieten, das Eigentümer mit Zuschüssen bei der Sanierung unterstützte.

Das Karoviertel: wie eine Insel

Das Karolinenviertel ist auf drei Seiten umschlossen von Fleischgroßmarkt, Messegelände und Heiligengeistfeld. Das Sanierungsverfahren von 1988 bis 2014 fand Lösungen für das Miteinander von Gewerbe, Wohnen und Verkehrsanbindung.



Mottenburger Straße 10 vorher (oben) und nachher (unten)

Die größte städtebauliche Herausforderung war die alte Rinderschlachthalle. Noch in den 1980er Jahren beeinträchtigte der Schlachtbetrieb mit seinen Lärm- und Geruchsemissionen die Wohnqualität. Er wurde auf das Gelände des nördlicher gelegenen Fleischgroßmarkts verlagert. Seitdem bietet die denkmalgerecht sanierte Halle Raum für stadteilverträgliche Nutzungen wie Ateliers, Therapieeinrichtungen, Gastronomie oder Büros. Durch die Halle hindurch führt eine Ladenpassage, über die daneben verlaufende U-Bahn-Linie eine neue Fußgängerbrücke. Auf dem Vorplatz ziehen Open-Air-Events und Flohmärkte regelmäßig viele Besucherinnen und Besucher an. In einen neuen Gewerbebau daneben ist das Musikgründerzentrum Karostar eingezogen.

In den dicht bebauten Wohnstraßen konnten mit Hilfe öffentlicher Förderung der Wohnungsbestand und die vielen Ladengeschäfte sozialverträglich modernisiert und



Alte Rinderschlachthalle vor 1990



Alte Rinderschlachthalle



Ölmühlenplatz

instandgesetzt werden. Dies sicherte langfristig preiswerten Wohn- und Gewerberaum. An vielen Stellen ist es gelungen, Innenhöfe zu begrünen und zum Teil öffentlich zugänglich zu machen. Auch Spielplätze wurden hier geschaffen.

Neue Straßenbäume und besonders die Grünfläche des Ölmühlenplatzes haben ebenfalls zu mehr Lebensqualität beigetragen.

Im Fokus: Soziale Herausforderungen

1990 markierte einen Umbruch in der Bund-Länder-Städtebauförderung. Mit der Wiedervereinigung rückte der städtebauliche Sanierungsbedarf in den neuen Bundesländern in den Fokus der bundesdeutschen Förderung. Hamburg standen in den Folgejahren weniger Fördermittel aus der Städtebauförderung zur Verfügung. Gleichzeitig gerieten soziale Fragen als neue zentrale Herausforderung der Stadtteilentwicklung stärker in den Blick.



Budenreihe, Marktstraße 7-9

Sozialer Handlungsbedarf in den Großwohnsiedlungen

Auch in den noch jungen Wohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre stellte man nun Entwicklungsbedarf fest. Hier stand nicht die bauliche Sanierung der Gebäude im Vordergrund. Vielmehr erforderte die soziale Lage der Bewohnerschaft verstärkte Aufmerksamkeit. In den Großwohnsiedlungen lebten häufig viele Menschen in einer schwierigen sozialen Situation: Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, Sprachdefizite, Bildungsprobleme, Isolation. Aufgrund der großen, preisgünstigen Wohnungen waren viele Familien und Alleinerziehende darunter.

Attraktive Möglichkeiten, sich draußen aufzuhalten, Freiflächen zu nutzen und anderen Menschen zu begegnen, waren bei der Planung der Großwohnsiedlungen häufig vernachlässigt worden. Nachholbedarf bestand auch bei der sozialen Infrastruktur. Es brauchte mehr Angebote für Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss. Daher wurden nun Bürgerhäuser, Jugendeinrichtungen und Mehrgenerationenhäuser ausgebaut, modernisiert oder neu gebaut.

Um flexibler auf die Probleme insbesondere in den Großsiedlungen reagieren zu können, schuf die Stadt Hamburg 1990 mit dem „Revitalisierungsprogramm“ ein vereinfachtes Verfahren. Dieses war möglich, weil die Wohnungen im



Innenhof Wohnring 6, Steilshoop

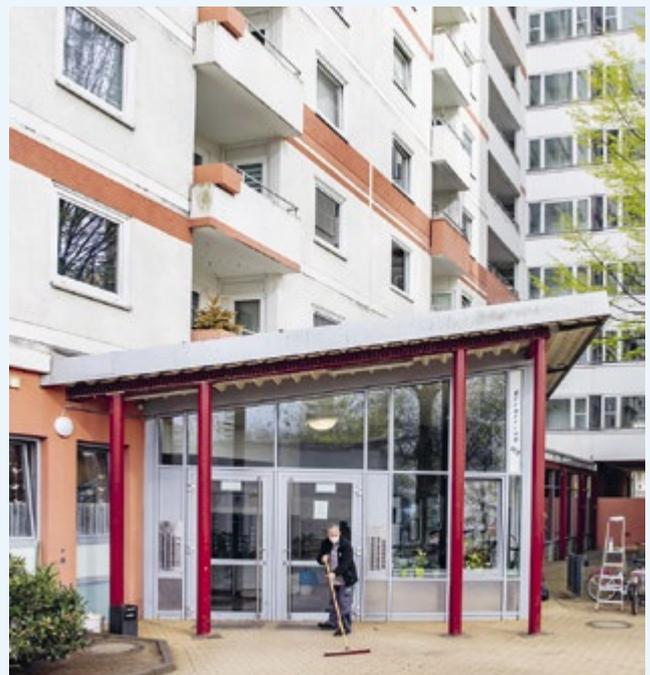
Quartier nur wenigen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften gehörten. Es mussten nicht die Interessen einer Vielzahl von Einzeleigentümern unter einen Hut gebracht werden. Investitionen in das Wohnumfeld und die lokale Infrastruktur sollten dazu dienen, die Wohn- und Lebensverhältnisse zu verbessern und die Fluktuation der Mieterschaft zu reduzieren.

Mit dem Programm „Soziale Brennpunkte“ kam 1992 ein neues Förderprogramm des Senats hinzu. Es zielte auf weitere ausgewählte Gebiete, in denen überdurchschnittlich viele Menschen mit sozialen und ökonomischen Problemen lebten: Jenfeld, Dulsberg und die Westliche Innere Stadt.



Luftbild Steilshoop

In der Wilhelmsburger Großsiedlung Kirchdorf-Süd – Mitte der 1970er Jahre mit 2300 Wohneinheiten gebaut – entstanden 1995 Hausbetreuerlogen in den Eingangsbereichen. Hier wurden Arbeitsuchende beschäftigt und qualifiziert. Soziale Einrichtungen wurden in den bisher unbelebten Sockelgeschossen angesiedelt. Dies wirkte der Anonymität entgegen, sorgte für weniger Schäden durch Vandalismus und mehr subjektive Sicherheit in den großen Wohnhäusern.



Gegen die Spaltung der Stadt

Ab 1994 nahm Hamburg noch stärker jene Gebiete in den Blick, deren Bewohnerinnen und Bewohner häufig niedrige Einkommen hatten und von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Es waren Gebiete, in denen geringe Teilhabechancen mit einem Gefühl der Perspektivlosigkeit einhergingen. In acht Pilotstadtteilen ergriff der Senat mit dem „Armutsbekämpfungsprogramm“ zusätzliche Maßnahmen, um Armut und sozial-räumliche Spaltung in der Stadt zu überwinden.

Mit der Sicherung preiswerten Wohnraums, Beschäftigungsförderung und einer leistungsfähigen quartiersnahen Wirtschaftsstruktur sollten die Lebensbedingungen verbessert werden. Instrumente der Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik kamen als wichtige Bestandteile der Stadtteilentwicklung hinzu. In den Pilotgebieten wurden z.B. Netzwerke von kleinen und mittleren Unternehmen initiiert und Existenzgründungen gefördert.



Dulsberg – das städtebauliche Juwel aus der Ära des früheren Oberbaudirektors Fritz Schumacher – gehörte Ende der 1980er Jahre zu den ärmsten Stadtteilen Hamburgs. Ab 1994 bot die Stadteilküche Pottkieker gering qualifizierten Menschen Arbeitserfahrungen im Bereich Großküche. Sie ist bis heute ein beliebter Treffpunkt mit preisgünstigen Mahlzeiten für Menschen mit geringem Einkommen.

Selbsthilfe und Mitbestimmung vor Ort stärken

1998 brachte Hamburg die Sanierung und die sozialen Ansätze der Stadtteilentwicklung erstmals als zwei Säulen des neuen Programms „Soziale Stadtteilentwicklung“ zusammen: Mit dem „Sanierungsprogramm“ wurden weiterhin die Sanierungsgebiete vor allem in Altona, Eimsbüttel, St. Pauli, St. Georg und Wilhelmsburg städtebaulich erneuert. Das Hamburgische „Stadtteilentwicklungsprogramm“ (STEP) zielte auf Stadtteile mit einem hohen Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern, die bezüglich ihres Einkommens, ihrer Ausbildung, ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihrer Einbindung in soziale Netze benachteiligt waren. Vielfach waren es Gebiete, die vorher Teil des „Armutsbekämpfungs-“, oder „Revitalisierungsprogramms“ waren, wie Osdorfer Born, Altona-Nord, Eidelstedt-Nord, Jenfeld, Heimfeld-Nord.

Ein Grundgedanke des neuen Programms war: Soziale Stadtteilentwicklung kann zwar Armut nicht beseitigen, aber die Lebensbedingungen der Menschen in den Quartieren verbessern und so zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen. Als Schlüssel dafür sollte Selbsthilfe gefördert und der Mitbestimmungswille geweckt werden. Stadtteilbeiräte erhielten die Verantwortung für lokale Verfügungsfonds, mit denen sie kleinere, schnell umsetzbare Projekte finanziell unterstützen konnten.

Zusammen mit den lokalen Akteuren wurden Quartiersentwicklungskonzepte erarbeitet, die einen Rahmen für die geplanten Projekte setzten und Leitziele vorgaben. Sie waren auch ein wichtiges Kommunikationsinstrument, das für das Quartier verlässliche Zukunftsperspektiven aufzeigte.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ gab es ab 1999 dann auch in der Bund-Länder-Städtebauförderung ein Programm mit sozialem Schwerpunkt. Es hatte das Ziel, strukturschwache Stadtteile zu stabilisieren, die städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligt waren. Die Integration aller Bevölkerungsgruppen sollte verbessert und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden. Hamburg nutzte diese Förderung in seinen STEP-Gebieten.





Die Stadtteilentwicklung in Eidelstedt-Nord setzte auf den Ausbau einer aktivierenden sozialen Infrastruktur. Die Mobile Kinder- und Jugendarbeit Eidelstedt (MOBI) ist ein Beispiel für Selbstbestimmung und Mitbestimmung.

Dem Strukturwandel begegnen

Nach der baulichen Sanierung und den sozialen Aspekten erlangten zu Anfang der 2000er Jahre neue Herausforderungen die Aufmerksamkeit in der Stadtteilentwicklung. In Zeiten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels fielen Gewerbeflächen brach, Einzelhandelsstandorte funktionierten nicht mehr, die Lebensbedingungen in den betroffenen Stadtteilen wurden schwieriger. Deshalb wurden neue Programme mit speziellen Förderschwerpunkten aufgelegt.

2004 wurde die Städtebauförderung um das Programm „Stadtumbau West“ ergänzt. Auch im Westen der Republik sollten nun Anpassungen an den demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandel finanziert werden. 2009 wurde dann das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ auf alle Bundesländer ausgeweitet, um historische städtebauliche Ensembles mit ihrem besonderen Charakter zu erhalten.

Der Harburger Binnenhafen war lange das wirtschaftliche Herz Harburgs. Die Schlossinsel ist darüber hinaus der historische Kern der ehemals unabhängigen Stadt. In den 1970er Jahren wurde der Harburger Binnenhafen durch Verkehrsschneisen vom Harburger Zentrum abgetrennt. Auch wirtschaftlich büßte das Areal mit dem Rückzug hafengebundener Umschlags- und Industriebetriebe seine Funktion immer mehr ein.

Mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wurden die Spuren der Geschichte erlebbarer gemacht. Dazu wurden ein Fachwerkspeicher zu einem Kulturkaufhaus umgebaut, denkmalgeschützte Gebäude instandgesetzt, die Brücke Östlicher Bahnhofskanal und der Mulch-Kran saniert.



Inzwischen sind der Harburger Binnenhafen und die Schlossinsel ein quirliges Wohn- und Arbeitsquartier mit modernen Büro- und Laborgebäuden sowie vielen neuen Wohnanlagen.

Quartiere lebenswert gestalten

Zu einem bunten Stadtteileben gehören vielfältige Bildungsangebote, eine für alle zugängliche Gesundheitsinfrastruktur mit gesundheitsfördernden Angeboten, eine reichhaltige Kultur und abwechslungsreiche Freizeitmöglichkeiten. All dies ist entscheidend dafür, dass Familien und gerade Alleinerziehende mit ihren Kindern die Chance haben, sich zu entfalten. Darüber hinaus ermöglicht es, alteingesessene und neu hinzugezogene Bewohnerschaft zu integrieren. Austausch und gemeinsame Aktivitäten stärken den sozialen Zusammenhalt im Quartier.

2007 startete die Initiative „Lebenswerte Stadt Hamburg“. Sie bot Unterstützung für quartiersbezogene Projekte, die Familien stärken, Bildungschancen für Kinder und Jugendliche schaffen und die Gesundheit der Menschen vor Ort fördern. Für das Programm wurden Gebiete ausgewählt, in denen bereits Schwerpunkte der Hamburger Stadterneuerung lagen: Altona-Altstadt, Barmbek-Süd, Steilshoop, Lohbrügge, Wilhelmsburg und Billstedt.



Musikalische Frühförderung an verschiedenen Orten in Billstedt erfahren Kinder zwischen sechs Monaten und sechs Jahren im Rahmen des Projekts Klangstrolche – Musik für jedes Kind. Das Projekt strahlt weit über den Stadtteil hinaus.

Lebendigkeit der Zentren sichern

Hamburg hat neben der Innenstadt ein umfassendes Netz von größeren und kleineren Versorgungszentren. Diese übernehmen nicht nur die wohnortnahe Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit Einzelhandel und Dienstleistungen, Gastronomie und kulturellen Angeboten. Sie sind Anknüpfungspunkte für die urbane Entwicklung lebendiger und wachsender Stadträume. Sie sind für die Lebensqualität eines Stadtteils von Bedeutung und bilden für die Bewohnerinnen und Bewohner wichtige Identifikationsorte.

Wichtiges Ziel des in 2008 eingeführten Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ der Städtebauförderung ist es, lokale Zentren attraktiv und vital zu erhalten. Sie sollen als Standorte für Wirtschaft und Kultur und als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben gestärkt werden. Dabei gilt es, Leerstand von Ladengeschäften zu vermeiden und eine Vielfalt der Angebote sicherzustellen. Unwirtlich gewordene Einkaufsstraßen mindern die Attraktivität eines Stadtteils und können zu einer Abwärtsspirale führen.

Bei der Förderung der Zentren geht es darum, die lokale Ökonomie zu stärken, vielfältige Nutzungen in den Zentren anzubieten und Straßenräume und Plätze attraktiver zu gestalten. Für die lokale Ökonomie ist die Bildung von Unternehmer-Netzwerken und ein gemeinsames Geschäftsstraßenmanagement ein Schlüssel zum Erfolg. Sie ermöglichen Erfahrungsaustausch und ein gemeinsames Marketing der Gewerbetreibenden.

Soziokulturelle Zentren, Bürgerhäuser und Kulturangebote bieten nicht nur Chancen für abwechslungsreiche Freizeitgestaltung. Sie sind wichtige Kommunikations- und Begegnungsorte, an denen sich das urbane Leben entfaltet. Und sie können mit ihrer Strahlkraft einen Stadtteil und sein Zentrum auch über die eigenen Grenzen hinweg attraktiv machen.



Zinnschmelze



Die Fuhsbüttler Straße ist die traditionelle Einkaufsstraße in Barmbek-Nord. Seit Mitte der 1990er Jahre verlor die „Fuhe“ trotz guter Erreichbarkeit immer mehr an Bedeutung.

Zur Wiederbelebung und Stärkung ihrer Zentrenfunktion wurde die Fuhsbüttler Straße als Sanierungsgebiet im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gefördert. Die Fuhsbüttler Straße wurde grundlegend umgestaltet und zu einer Flaniermeile aufgewertet.



Mit der Neuen Großen Bergstraße entstand Anfang der 1970er Jahre eine der ersten großstädtischen Fußgängerzonen in Deutschland. Spätestens als Anfang der 2000er Jahre ein großes Kaufhaus geschlossen wurde, verlor das verbliebene Dienstleistungs- und Einzelhandelsangebot zusehends an Attraktivität. Es fehlte zudem an Wohnraum, öffentliche Flächen waren unzureichend gestaltet.

Mit der Integrierten Stadtteilentwicklung ist es gelungen, eine grundlegende Umgestaltung und Aufwertung des Bezirkszentrums zu erreichen. Dazu hat auch die Ansiedlung der weltweit ersten IKEA-Filiale in einem innerstädtischen Bereich beigetragen. Der großzügige Straßenraum wurde wieder attraktiv gestaltet. Viele neue Läden und Cafés haben sich angesiedelt. Nutzungen durch Kreative haben das Gebiet kulturell gestärkt. Durch den Neubau von Mietwohnungen sowie eine ansprechende Gestaltung der Wohnumfelder und des öffentlichen Raums konnte die funktionale Vielfalt im Gebiet erheblich gesteigert werden. Hierzu trägt auch die Umgestaltung mehrerer Parks zu einem verbindenden Grünzug bei.

RISE: Städtebauförderung unter einem Dach

2009 nutzte Hamburg die Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten für einen neuen programmatischen Ansatz in der Stadterneuerung. Das „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ (RISE) vereint seitdem sämtliche Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung und die landesfinanzierten Programme unter einem Dach. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen verteilt die Fördermittel bedarfsgerecht an die vor Ort verantwortlichen Bezirksämter. Die Bezirksämter steuern die jeweilige Quartiersentwicklung. Gleichzeitig wurde die Kooperation über Fachressorts hinweg in den Fördergebieten verbindlich.

Hamburg soll als gerechte und lebenswerte Stadt für alle weiterentwickelt und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden. Mit RISE werden sowohl bestehende als auch neue, wachsende Quartiere mit dem Ziel gefördert, lebendige, stabile Quartiere zu entwickeln und bezahlbaren Wohnraum für alle zu sichern.

Die Leitziele von RISE sind:

- Lebensbedingungen und Lebensqualität verbessern
- Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Quartieren verbessern
- Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken
- Quartiere städtebaulich aufwerten

Hamburg setzt für die Integrierte Stadtteilentwicklung neben den finanziellen Mitteln der Städtebauförderung – den sogenannten RISE-Mitteln – auch viele weitere Landesprogramme und öffentliche Gelder ein: Mittel anderer Fachressorts, der Bezirksämter und öffentlicher Unternehmen. Auch private Akteure werden für die Finanzierung einbezogen. Mit dieser Bündelung der Ressourcen ist RISE bundesweit wegweisend für eine quartiersbezogene, integrierte und Fachressort-übergreifende Entwicklungsstrategie.

RISE verbindet verschiedenste Handlungsfelder und Querschnittsthemen zu einem integrierten Ansatz in den Quartieren.

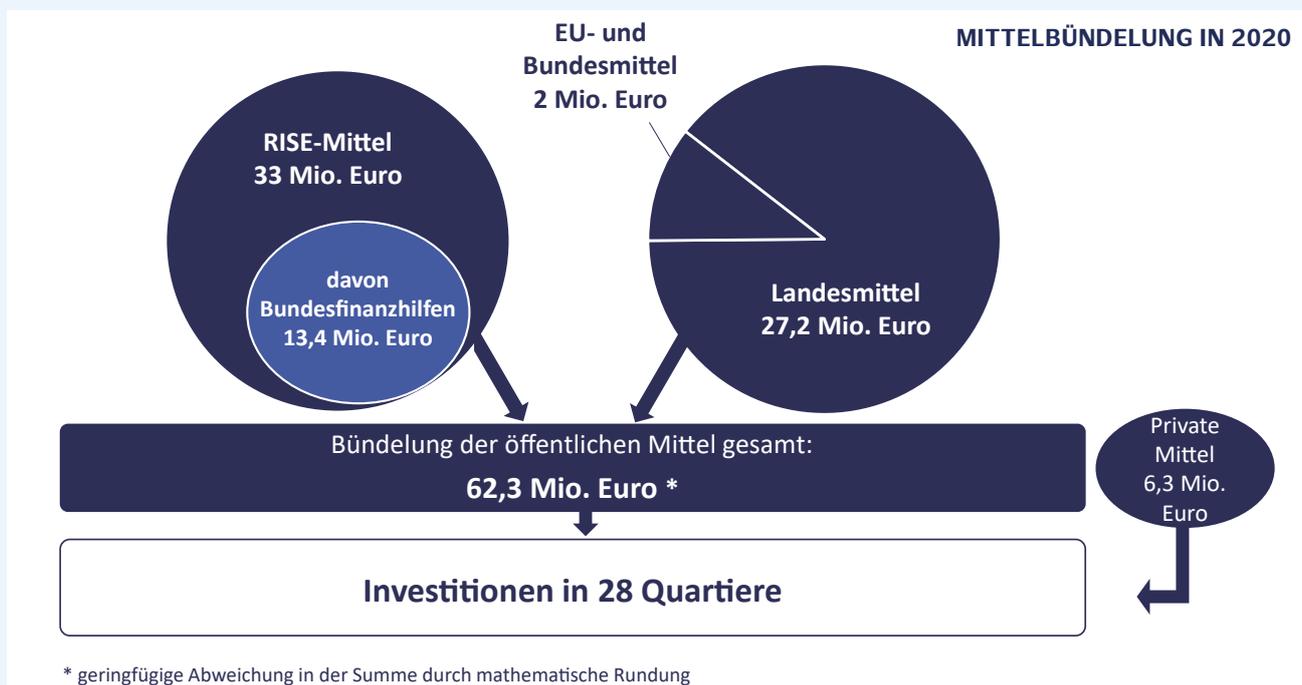


Ein Rekordjahr der RISE-Mittelbündelung

Dank der kooperativen Zusammenarbeit aller an der Integrierten Stadtteilentwicklung beteiligten Behörden und Bezirke, der Bürgerschaft und der öffentlichen Unternehmen hat Hamburg in 2020 einen neuen Rekordwert bei der Bündelung der Mittel aus unterschiedlichen Fachressorts erreicht.

In den 28 Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf der RISE-Förderung hat Hamburg rund 250 Projekte auch unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort umgesetzt und hierfür insgesamt rund 62,3 Millionen Euro

öffentliche Mittel eingesetzt. Neben fast 33 Millionen Euro RISE-Mitteln (davon rund 13,4 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen) wurden weitere rund 27,2 Millionen Euro Landesmittel in die Quartiere investiert. Damit konnten wie in den Vorjahren erneut sämtliche Bundesfinanzhilfen in Anspruch genommen werden. Hinzu kamen weitere rund 2 Millionen Euro ESF- und Bundesmittel sowie rund 6,3 Millionen Euro private Mittel, die zur Finanzierung einzelner RISE-Projekte beigetragen haben.



Gebietsmanagement – Ansprechpartner im Quartier

Vor Ort in den Quartieren entscheidet sich, wie die Ziele der Integrierten Stadtteilentwicklung Wirklichkeit werden. Hier werden die Projekte koordiniert, Menschen zum Mitmachen animiert und Netzwerke von lokalen Organisationen aufgebaut. Dies erfordert eine kontinuierliche Kommunikation im Stadtteil und eine verlässliche Präsenz vor Ort. Die Bezirksämter spielen in der Integrierten Stadtteilentwicklung eine wichtige Rolle. Sie steuern die über Jahre laufende Quartiersentwicklung, setzen die Projekten vor Ort um und tragen damit wesentlich zum Erfolg von RISE bei. Das zuständige Bezirksamt beauftragt außerdem meist ein Planungsbüro als externen Gebietsentwickler.

Die Gebietsentwickler sind im Quartier präsent und betreiben in der Regel ein Stadtteilbüro. Es ist mit festen Sprechzeiten

ten eine Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für lokale Akteure, wie die Wohnungswirtschaft, Gewerbetreibende oder soziale Einrichtungen. Die Gebietsentwickler unterstützen das Engagement des ehrenamtlichen Stadtteil- oder Quartiersbeirats und verwalten den Verfügungsfonds. Sie vermitteln zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Sie erstellen Newsletter, veröffentlichen Flyer oder Broschüren und informieren auf einer Website.

Das Gebietsmanagement ist auch für Analysen und Konzepte zuständig. Das Integrierte Entwicklungskonzept bildet die konzeptionelle Grundlage für den Entwicklungsprozess des RISE-Fördergebiets. Es entsteht unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie wichtiger Akteurinnen und Akteure aus dem Stadtteil. Das Konzept beinhaltet eine Bestandsaufnahme, Handlungsfelder und Zielsetzungen für die Gebietsentwicklung. Zudem werden die vorgesehenen Projekte und Maßnahmen inklusive Angabe der

Kosten, Finanzierung und der erwarteten zeitlichen Umsetzung einzeln aufgeführt.

Das Gebietsmanagement steuert die Umsetzung der Maßnahmen unter Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie weiterer Akteure des Fördergebiets und berät, wenn es darum geht, weitere Unterstützung durch zusätzliche Fördermittel zu akquirieren.



Die Siedlung Rahlstedt-Ost ist ab Anfang der 1960er Jahre als eine Mischung aus Zeilenbauten, Punkthochhäusern sowie Einzel- und Reihenhäusern „auf der grünen Wiese“ errichtet worden. Eine eigene Quartiersidentität hatte sich bislang nicht herausgebildet, auch wegen der Randlage im Bezirk Wandsbek direkt an der Grenze zu Schleswig-Holstein. Die Gebietsentwicklung, die die Johann Daniel Lawaetz-Stiftung übernommen hat, unterstützt deshalb auch identitätsstiftende Aktivitäten, wie die Entwicklung eines Stadtteillogos und -slogans, die Vorbereitung eines Stadtteiljubiläums, oder die Erstellung eines Stadtteilführers und Stadtteilplans.

Menschen und lokale Organisationen beteiligen

Im Mittelpunkt der Integrierten Stadtteilentwicklung stehen die Menschen, die im Quartier leben und arbeiten. Alle Bevölkerungsgruppen – insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund – sollen von Beginn an in die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einbezogen werden. Daher gibt es in den RISE-Fördergebieten vielfältige Angebote zur Information, Beteiligung und Mitwirkung.



Entwicklungskonferenz Neuwiedenthal

In jedem RISE-Fördergebiet gibt es einen Stadtteil- oder Quartiersbeirat. Er soll möglichst unterschiedliche Interessen und Sichtweisen aus dem Fördergebiet zusammenbringen. In regelmäßigen Sitzungen treffen sich hier Vertreterinnen und Vertreter der Bewohnerschaft, lokaler Einrichtungen und Organisationen sowie der Gewerbetreibenden und Grundeigentümer. Der Beirat tauscht sich mit Vertreterinnen und Vertretern des Gebietsmanagements, teilweise der Bezirkspolitik sowie externen Fachleuten über aktuelle Fragen, Probleme und Entwicklungen im Gebiet aus. Er wird eng in die Erstellung von Konzepten und in die Planung neuer Projekte einbezogen.

Der Stadtteil- oder Quartiersbeirat kann über Fördermittel aus einem Verfügungsfonds entscheiden und damit kleinere, in sich abgeschlossene Investitionen finanzieren. Gefördert werden zum Beispiel Stadtteilsteste, Kunstprojekte, Ferienprogramme oder Spiel- und Sportaktionen. Alle Projekte sind willkommen, die nachbarschaftliche Kontakte initiieren, die Stadtteilkultur beleben oder interkulturelle Begegnungen ermöglichen. Ein Ziel der Stadtteil- und Quartiersbeiräte ist es, dass sich die Aktiven vor Ort auch nach dem Ende der RISE-Förderung für ihr Quartier engagieren. Häufig werden für die Weiterführung eines Quartiersbeirats Trägervereine gegründet, die dann die Federführung übernehmen. Die Bezirke sichern die weitere Arbeit der Beiräte zum Teil über die Finanzierung eines Quartierfonds ab.



Das RISE-Fördergebiet Eidelstedt-Mitte umfasst den Einzelhandelsstandort Eidelstedter Platz mit umliegenden Wohnquartieren, darunter auch Neubaugebiete mit Flüchtlingsunterkünften. Besonders wichtig waren deshalb die Beteiligung, Aktivierung und Vernetzung der ansässigen und neu zuziehenden Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Einbezug der Akteurinnen und Akteure im Stadtteil. Zu konkreten Projektplanungen werden öffentliche Workshops und Beteiligungsprozesse durchgeführt. Der Kommunikation dienen das RISE-Stadtteilbüro, Infostände auf dem Eidelstedter Wochenmarkt, die RISE-Stadtteilzeitung „hej“, die Website www.eidelstedt-mitte.de und eine Facebook-Seite.

Quartierszentren fördern die Identifikation mit dem Stadtteil

Barmbek°Basch, Feuervogel oder Horner Freiheit – die Namen sind so vielfältig wie die Orte, die sie bezeichnen. Quartierszentren spielen eine zentrale Rolle in der integrierten Stadtteilentwicklung. Sie konzentrieren soziale und kulturelle Angebote in einem Gebäude. Quartierszentren sind Orte der Begegnung und Treffpunkte für die Bewohnerinnen und Bewohner. Sie tragen zur Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil bei.

Quartierszentren vereinen Angebote in ganz unterschiedlichen Bereichen wie Kultur, Bildung, soziale Beratung und Sport für verschiedene Zielgruppen vom Jugend- bis zum Seniorenalter. Diese werden in einem co-kreativen Prozess miteinander vernetzt, sodass aufeinander abgestimmte Angebote entstehen.

Wo Quartierszentren an die Stelle von räumlich verstreuten Einrichtungen treten, verbessern sie die soziale Infrastruktur entscheidend – und ebenso die Lebensqualität in den Stadtteilen. Indem sie Gemeinschaftsräume für Stadtteilgruppen und -aktivitäten zur Verfügung stellen, tragen sie zu einem generations- und kulturübergreifenden Austausch der Bewohnerinnen und Bewohner bei, fördern Eigeninitiative und Beteiligung.



Barmbek°Basch war 2010 als Vorreiter das erste Produkt einer lokalen Vernetzung in einem Quartierszentrum. Sieben Einrichtungen fanden sich dabei unter einem Dach zusammen: die Bücherhalle Dehnhaide, die AWO Altentagesstätte, das Kinder- und Familienzentrum KiFaZ, die Erziehungsberatung und Mütterberatung des Bezirks Hamburg-Nord, das Kulturhaus Dehnhaide und die Kirchengemeinde Alt-Barmbek. Kommunikativer Mittelpunkt ist das Atrium mit einem Café – die Bascherie.

Anfang 2021 feierte das neue KörberHaus in Bergedorf Richtfest. Als Gemeinschaftsprojekt des Bezirksamts Bergedorf und der Körber-Stiftung entsteht ein modernes kommunales Kultur- und Begegnungszentrum in der Innenstadt von Bergedorf.

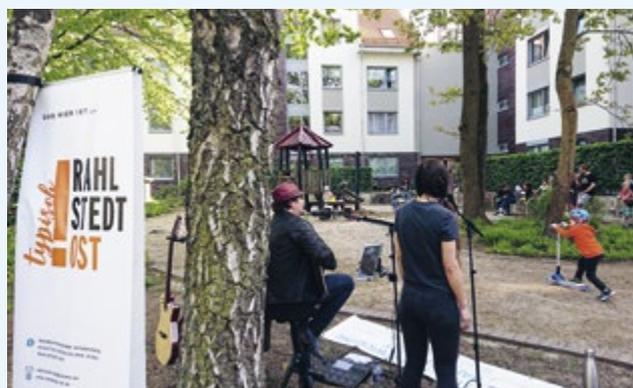


Neben verschiedenen Beratungs- und Bildungseinrichtungen sowie einem Café werden die Körber-Stiftung mit Angeboten für Menschen 50 plus, die SHIP – Stiftung Haus im Park und die Freiwilligenagentur Bergedorf vertreten sein. Ergänzt wird das Angebot durch das Lichtwerk Theater Bergedorf.

Gemeinwohl als Leitbild der Zukunft

Die Städtebauförderung hat sich in den letzten 50 Jahren als anpassungsfähig bewährt. Und auch für die Zukunft ist eine Weiterentwicklung entlang neuer Herausforderungen wichtig. Aktuell verändert die Corona-Pandemie die Vorstellungen der Menschen, wie wir in verdichteten Stadträumen zusammenleben können und wollen. Neue Möglichkeiten zu erkennen und gleichzeitig aus den Schwächen, die sich in der Pandemie offenbart haben, zu lernen – das wird die Zukunftsaufgabe der integrierten Stadtteilentwicklung sein, damit die Quartiere an Resilienz gewinnen.

Die Neue Leipzig-Charta 2020 – ein Leitdokument der Europäischen Stadtplanung – zeichnet das Bild der gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Entwicklung hin zu einer Nutzungsgemischten Stadt der kurzen Wege. Die Charta betont damit ein Leitbild, das auch die Corona-Pandemie verstärkt in den Blickpunkt rückt. Das Wohnumfeld als Begegnungsort, flexible Wohnmodelle in den Quartieren, der Ausbau nichtkommerzieller Angebote in freiwerdenden Einzelhandelsflächen: Viele Ansätze werden in Hamburg schon erprobt – Mut machende Perlen für die Zukunft der Stadtteile und Quartiere unserer Stadt.



Balkonkonzert Rahlstedt-Ost

RISE-Fördergebiete in Vorbereitung

Schnelsen: Aufwertung der Geschäftsbereiche in der Frohmestraße und in Burgwedel

Die zentralen Geschäftsbereiche Schnelsens sollen in den kommenden Jahren an Attraktivität gewinnen. Der Geschäftsbereich Frohmestraße als traditionelle Einkaufslage und „Herz von Schnelsen“ soll aufgewertet werden und sich zu einem lebendigen Ortszentrum mit vielfältigen Angeboten entwickeln. Die Neugestaltung der Frohmestraße, ein ökonomisches Quartiersmanagement sowie Qualifizierungsmaßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für lokale Gewerbetreibende werden diesen

Prozess unterstützen. In Burgwedel soll der Roman-Zeller-Platz als Quartiersmittelpunkt gestärkt und für die Nahversorgung attraktiver werden. Mit die-

sen Schwerpunkten wird Schnelsen als RISE-Fördergebiet in Abstimmung mit dem Bezirksamt Eimsbüttel festgelegt.



Die Zukunft des Zentrums Bergedorfs



Das Zentrum Bergedorfs steht vor großen Herausforderungen: Zunehmende Geschäftsleerstände und die trennende Wirkung der Bundesstraße 5 beeinträchtigen die Attraktivität. Im südlichen Umfeld entstehen bis zu 3.500 neue Wohnungen und bis zu 5.000 Arbeitsplätze. Deshalb erarbeitet das Bezirksamt Bergedorf

aktuell eine Problem- und Potenzialanalyse. Die Attraktivität des Bergedorfer Zentrums soll gesteigert und den Bewohnerinnen und Bewohnern sollen neben Geschäften vielfältige Angebote sowie Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität geboten werden. Das neue RISE-Fördergebiet soll 2022 festgelegt werden.

Lebendiges Quartier Harburger Binnenhafen und Neuland

Der Harburger Binnenhafen verwandelt sich seit Jahren von einer ehemaligen Hafen- und Industrienutzung zu einem lebendigen Wohn- und Arbeitsquartier. Diese Entwicklung haben die RISE-Fördergebiete Harburger Schlossinsel und Harburger Binnenhafen erfolgreich unterstützt. Durch den Strukturwandel und die stark wachsende Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner besteht ein höherer Bedarf insbesondere an attraktiven Naherholungs-

möglichkeiten und Freiflächen im Wohnumfeld.

Dabei bietet die Lage des Quartiers am Wasser ein großes Potenzial. Dies soll in einer Problem- und Potenzialanalyse des Bezirksamts Harburg näher untersucht werden. Für 2022 ist die Festlegung als neues RISE-Fördergebiet geplant.

Harburger Binnenhafen /
Neuland Nordwest: Luftbild



Neues Fördergebiet

Veddel: Die Veddel startet neu durch!



Die Veddel ist bis heute geprägt durch die fast 100-jährige Blockbebauung in Backsteinbauweise nach Fritz Schumacher. Mit der Festlegung als RISE-Fördergebiet rückt die Verbesserung der Lebensbedingungen auf

Infrastruktur und vielfältigen Nahversorgungsangeboten zu schaffen. Hierfür hat das Bezirksamt Hamburg-Mitte ein Integriertes Entwicklungskonzept erarbeitet. Mit Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sollen die be-

der Veddel mit ihren 4.700 Bewohnerinnen und Bewohnern in den Blick noch bevor der Grasbrook in direkter Nachbarschaft entwickelt wird. Ziel ist es, einen Wohnstandort mit attraktiven Freiräumen, zeitgemäßem Wohnumfeld, bedarfsgerechter

stehenden Spiel- und Freiflächen wie der Grünzug Katenweide attraktiv umgestaltet werden. Die Schule wird grundlegend saniert und erhält eine neue Mensa mit begehbarem Dach, das zusammen mit dem Schulhof für den Stadtteil geöffnet wird. Auch die Flächen im Veddeler Norden sowie rund um den S-Bahnhof im Süden und an der Hafensbahn sollen entwickelt werden. Dabei soll auch der neue Stadtteil Grasbrook westlich der Bahngleise eng mit der Veddel verknüpft werden. Darüber hinaus laufen Planungen für ein neues Quartierszentrum für alle Menschen im Quartier. Der Stadtteilbeirat ist weiterhin aktiv und kann für kleinere Nachbarschaftsprojekte Mittel aus dem hierfür eingerichteten Verfügungsfonds vergeben.

Bilanzierung und Fortschreibung

Barmbek baut weiter

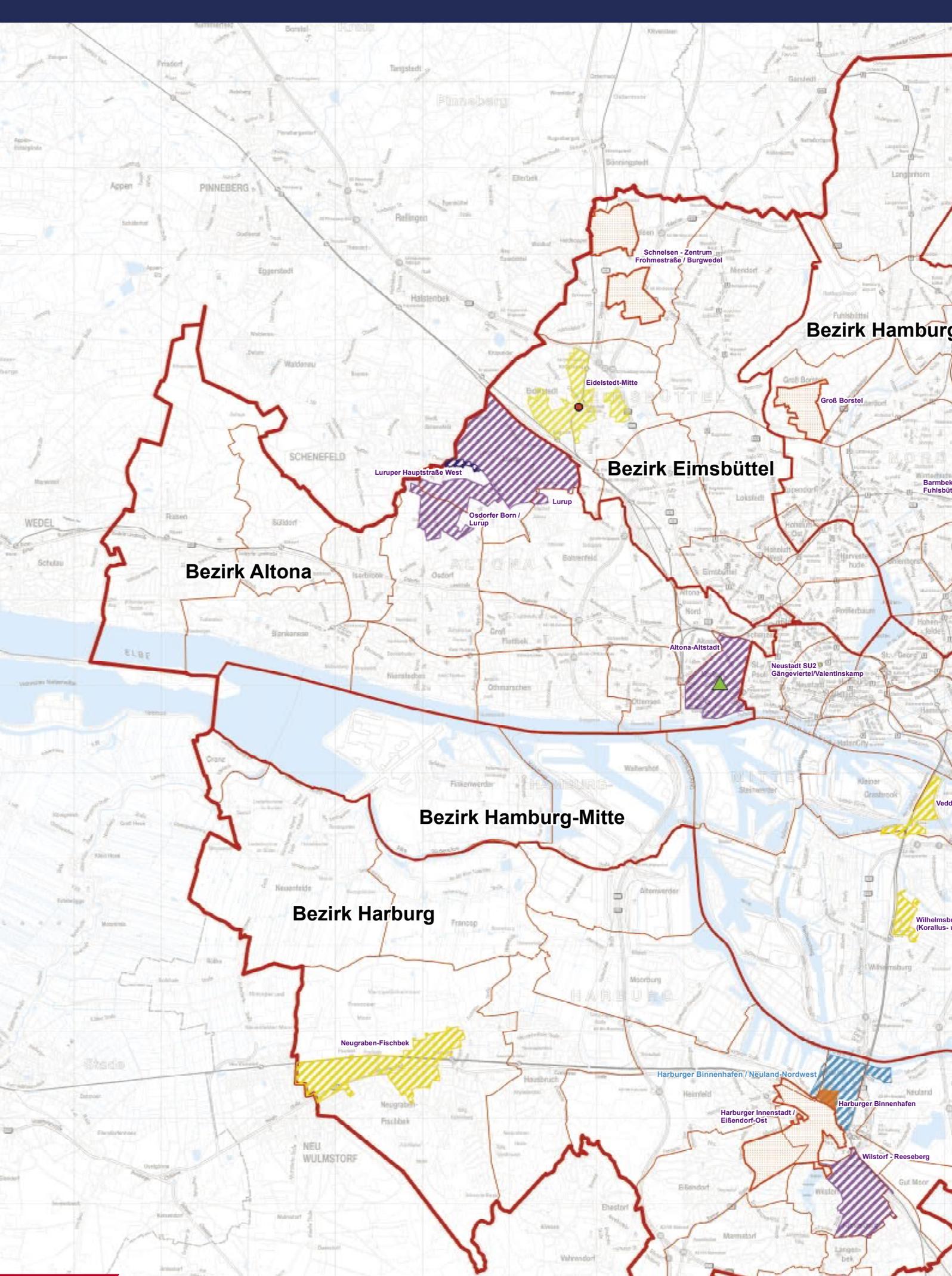
Die modernisierte „Fuhle“ mit vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, der neue Bert-Kaempfert-Platz mit dem Museumshof und dem Kulturzentrum „Zinnschmelze“, der sanierte Barmbeker Bahnhof hat sich in den vergangenen Jahren wirklich positiv entwickelt. Dies stellt die Bilanzierung der RISE-Gebietsentwicklung im Fördergebiet Barmbek-Nord S1, Fuhlsbüttler Straße fest, die das Bezirksamt Hamburg-Nord erarbeitet hat. 45 Maßnahmen wurden oder werden umgesetzt, seitdem der Senat das Sanierungsgebiet 2005 festgelegt hat. Damit ist es gelungen, die Stadtbereiche nördlich und südlich des Bahnhofs besser miteinander zu verknüpfen und als kulturelles und gesellschaftliches Zentrum zu stärken. Die Fuhlsbüttler Straße wurde in den letzten Jahren erheblich aufgewertet und attraktiv gestaltet. Neue Einzelhandelsflächen wurden gebaut. Gemeinsam



mit den örtlichen Gewerbetreibenden wurden und werden auch weiterhin Ansätze für einen attraktiveren Branchenmix entwickelt und gefördert.

Um die letzten baulichen Aufgaben planmäßig abzuschließen und die gesteckten Ziele für Barmbek-Nord umzusetzen, hat der Senat das Sanierungsgebiet bis 2023 verlängert. Das fortgeschriebene

Integrierte Entwicklungskonzept sieht den Bau der lange ersehnten Fußgängerbrücke über den Osterbekkanal und die Aufwertung des Gleisbogens am Rübenkamp vor. Dort soll der Bauspielplatz erneuert und mit einem modernen Gebäude ausgestattet werden. Auch ein neuer Skatepark ist vorgesehen, um das Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche zu verbessern.



Bezirk Wandsbek

Integrierte Stadtteilentwicklung

Fördergebiete in Hamburg

-  Soziale Stadt
-  Sozialer Zusammenhalt
-  Aktive Stadt- u. Ortsteilzentren
-  Lebendige Zentren
-  Stadtumbau
-  Wachstum und nachhaltige Erneuerung
-  Städtebaulicher Denkmalschutz
-  Zukunft Stadtgrün
-  Sanierungsgebiet
-  Fördergebiet in Vorbereitung
-  Vorbereitende Untersuchung
- Stadtgrenze Hamburg
- Bezirksgrenzen
- Stadtteilgrenzen

Stand: Juni 2021



Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Wandsbek-Nord

Entwicklungsraum Billstedt/Horn

Bezirk Bergedorf



Soziale Erhaltungsverordnungen

Schutz vor Verdrängung – Neue Gebiete mit Sozialer Erhaltungsverordnung

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat gemeinsam mit dem Bezirksamt Hamburg-Nord den Schutz der bestehenden Bewohnerstruktur östlich der Alster erheblich ausgeweitet. Mit den drei im Dezember 2020 in Kraft getretenen Sozialen Erhaltungsverordnungen für die Stadtteile Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und die Jarrestadt werden weitere 83.400 Einwohnerinnen und Einwohner vor Verdrängung geschützt.

Wie auch viele andere Gebiete stehen die Wohnquartiere Barmbeks, überwiegend geprägt durch Nachkriegsbebauung und Gebäude der 1920er und 1930er Jahre sowie die architektonisch herausragende Jarrestadt unter steigendem Verdrängungsdruck. Zum Schutz der Bewohnerstrukturen in diesen besonders nachgefragten Quartieren können Soziale Erhaltungsverordnungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB erlassen werden. Damit stehen bauliche Maßnahmen, die Nutzungsänderung baulicher Anlagen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt. Die Sozialen Erhaltungsverordnungen tragen damit dazu bei, dass bezahlbarer Wohnraum auch in den angesagten Vierteln der Stadt gesichert wird. Denn – Hamburg soll eine Stadt für alle bleiben!

Als zentrales Mittel der Wohnungsbestandspolitik zur Sicherung bezahlbaren Wohnens flankieren Soziale Erhaltungsverordnungen die Neubaustrategie des Senats.

Insbesondere Altbauquartiere mit urbaner Mischung und zunehmend auch Quartiere der Nachkriegszeit stehen unter einem starken Aufwertungs- und Verdrängungsdruck.

Zwischenkontrolle der Sozialen Erhaltungsverordnung

Nachteilige Veränderungen in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung lassen sich durch Soziale Erhaltungsverordnungen jedoch nicht vollständig unterbinden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat daher eine Überprüfung der Anwendungsvoraussetzungen für die sieben im Jahr 2014 oder früher in Kraft getretenen Sozialen Erhaltungsverordnungen in den Gebieten Südliche Neustadt, St. Pauli, St. Georg, Sternschanze, Osterkirchenviertel, Altona-Altstadt und Eimsbüttel-Süd beauftragt. Insgesamt leben hier rund 85.000 Menschen in ca. 6.000 Haushalten. Im Zuge der Überprüfung erfolgt auch eine Aktualisierung der Daten, die für eine Beurteilung beantragter baulicher Maßnahmen an Wohnraum erforderlich sind.

Nach postalischer Haushaltebefragung und Auswertung der Ergebnisse liegt das Gutachten zur Zwischenkon-

trolle dieser Sozialen Erhaltungsverordnungen seit Frühjahr 2021 vor. Es weist nach, dass die Anwendungsvoraussetzungen für alle sieben Gebiete mit ihren bisherigen Abgrenzungen auch weiterhin vorliegen. Die Sozialen Erhaltungsverordnungen werden daher auch in Zukunft in Kraft bleiben.

5. Auflage des Flyers „Soziale Erhaltungsverordnung“

Weitere Informationen zur Sozialen Erhaltungsverordnung sind dem gleichnamigen Faltblatt zu entnehmen, das Ende 2020 in der fünften Auflage erschien.



Europäischer Sozialfonds (ESF)

Neue ESF-Projekte in den RISE-Fördergebieten

Mit dem Start der neuen Förderperiode 2021–2027 des Europäischen Sozialfonds (ESF) sind auch die neuen ESF-Projekte in den RISE-Fördergebieten angelaufen. Im Rahmen des breit gefächerten Projektangebots werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren persönlichen und fachlichen Kompetenzen gestärkt. So soll ihre Integration in den Arbeitsmarkt sowie ihre Bildungs- und Berufsperspektive gefördert werden.

Die durch RISE-Mittel kofinanzierten ESF-Projekte haben ein Gesamtvolumen von 10,8 Millionen Euro. Der ESF finanziert hiervon 4,1 Millionen Euro,¹ die mit 3,5 Millionen Euro RISE-Mittel und weiteren 3,2 Millionen Euro anderer Behörden kofinanziert werden.²

Das ESF-Projekt „Jugend Aktiv Plus“, das durch REACT-EU und Sozialbehörde mit 4,6 Millionen Euro finanziert wird, hat einen besonderen Fokus auf RISE-Fördergebiete.

¹ 1,1 Millionen Euro der ESF-Mittel stammen aus dem Krisenhilfefonds REACT-EU.

² Anpassungen der Höhe der Projektkosten und Finanzierungsanteile können im weiteren Verlauf noch eintreten.

Projekt	Projektziele
LokalAktiv (Unternehmer ohne Grenzen e. V.) Lokale Wirtschaft vor Ort (Beschäftigung und Bildung e. V.)	Qualifizierungsangebot und ökonomisches Quartiersmanagement für Inhaber/innen und Beschäftigte von kleinen und mittleren Unternehmen
Alltagsbegleitung in Altona und Bergedorf: Sozialorientierte Beschäftigungsprojekte in Altona (KoALA e. V.) / Soziale integrative Beschäftigung in Bergedorf (Sprungbrett gGmbH)	Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Personen (16i SGB II-Maßnahmen), Dienstleistungen zur Unterstützung von Rentner/innen bei der Alltagsbewältigung
Job Coach Hamburg für Eltern ohne Berufsabschluss (einfach GmbH)	Unterstützung des beruflichen (Wieder-)Einstiegs von nicht-/gering qualifizierten Eltern
SelbstLernZentren in Jenfeld-Zentrum und Rahlstedt-Ost (Hamburger Volkshochschule)	Förderung der Entwicklung von Lern- und Selbstkompetenzen lernungewohnter/ bildungsbenachteiligter Personen
Hans-Fitze-Haus – Soziale Integration für Menschen mit Suchthintergrund (Passage gGmbH)	Treffpunkt, Job-Börse und aufsuchende Sozialarbeit für suchtgefährdete Menschen
Schulmentoren – Hand in Hand für starke Schulen (Behörde für Schule u. Berufsbildung und Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e. V.)	Unterstützung von Schüler/innen, insbesondere mit Migrationshintergrund, Qualifizierung von Eltern- und Schulmentoren insbesondere mit Migrationshintergrund
Jugend Aktiv Plus – Wege in die Zukunft! (Johann Daniel Lawaetz-Stiftung)	Soziale und berufliche (Re)Integration junger Erwachsener durch aufsuchende Aktivierung und Begleitung sowie Qualifizierungs- und Jobangebote



Europäische Union



Schulmentor Mike (l.) und Mentee Julio

Investitionspakt Sportstätten

Neues Förderprogramm geht an den Start

Hamburg fördert in den kommenden Jahren fünf Investitionen im Bereich des Breitensports mit einem Gesamtvolumen von rund 10 Millionen Euro. Davon stammen rund 7,5 Millionen Euro aus Mitteln des Investitionspakts Sportstätten.

Der Investitionspakt Sportstätten unterstreicht die Bedeutung des Sports für die Quartiersentwicklung. Attraktive Sportstätten, die von einer Vielzahl von Vereinen und Sporttreibenden genutzt werden, sind ein wertvoller Baustein für lebendige, stabile Quartiere.

Mit diesem Ziel soll die Baseballanlage am Mittleren Landweg in Bergedorf modernisiert werden und eine neue Tribüne erhalten. Auf dem Sportplatz Königshütter Straße im Bezirk Hamburg-Nord soll eine neue Sportstätte mit Gymnastikhalle, Bewegungsräumen und weiteren modernen Funktionsräumen gebaut werden. Im Bezirk Harburg wird das bestehende Umkleidegebäude auf der Sportanlage Alter Postweg modernisiert. Außerdem werden entlang des Außenmühlenwegs eine Laufstrecke und Fitnessbereiche angelegt. Im Bezirk Eimsbüttel soll die Wolfgang-Meyer-Sportanlage an der Hagen-

beckstraße zu einer besseren Flächenausnutzung weiterentwickelt werden.

Der Investitionspakt Sportstätten ergänzt die Bund-Länder-Städtebauförderung. Er bietet die Möglichkeit, Sportstätten des Freizeit- und Breitensports vorrangig in RISE-Fördergebieten weiterzuentwickeln, auszubauen oder zu sanieren. Hamburg erhält aus diesem Investitionspakt in den Jahren 2020 bis 2024 Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 15,3 Millionen Euro. In den nächsten Jahren werden also noch weitere Investitionen folgen.

Kontakte in den Bezirken

Bezirksamt Hamburg-Mitte:

Ursula Groß
Telefon: 040 / 4 28 54-44 11
ursula.gross@hamburg-mitte.hamburg.de

Bezirksamt Altona:

Ulrike Alsen
Telefon: 040 / 4 28 11-36 69
ulrike.alsen@altona.hamburg.de

Bezirksamt Eimsbüttel:

Urban Conradi
Telefon: 040 / 4 28 01-34 91
urban.conradi@eimsbuettel.hamburg.de

Bezirksamt Hamburg-Nord:

Dieter Söngen
Telefon: 040 / 4 28 04-21 33
dieter.soengen@hamburg-nord.hamburg.de

Bezirksamt Wandsbek:

Claudia Fründ
Telefon: 040 / 4 28 81-22 85
claudia.fruend@wandsbek.hamburg.de

Bezirksamt Bergedorf:

Deik Esser
Telefon: 040 / 4 28 91-25 30
deik.esser@bergedorf.hamburg.de

Bezirksamt Harburg:

Uta Wassbauer
Telefon: 040 / 4 28 71-20 18
uta.wassbauer@harburg.hamburg.de

Integrierte Stadtteilentwicklung im Internet:
www.hamburg.de/rise

Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg



V.i.S.d.P.: Susanne Enz

Redaktion: Abteilung Integrierte Stadtteilentwicklung: Elisabeth Hahn, S. 5-16: bfö e.K.

Gestaltung:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, www.geoinfo.hamburg.de
Gestaltung Titel und „50“: bfö e.K.

Druck: BSW/BUKEA, **Auflage:** 5.000

www.hamburg.de/bsw

Kontakt: rise@bsw.hamburg.de

Juni 2021

Bildnachweis: Titelbild: Fotos „5“: Goetheplatz: Erik-Jan Ouwerkerk, Hein-Köllisch-Platz: Archiv BSW, Drahtstiftfabrik Ottensen: Archiv BSW, Stromkastengalerie Steilshoop: www.metropolen-art.com, Innenhof Steilshoop: H. Hass, Haus am See: Bezirksamt Wandsbek, Lohmühlenpark: Bezirksamt Hamburg-Mitte/Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Schule Slomanstieg: BSW | Fotos „0“: Kirchdorf-Süd: bfö, Alte Rinderschlachthalle: Archiv steg Hamburg mbH, Serrahn: Walter Schießwohl/steg Hamburg mbH, Skate Island Neuwiedenthal: Daniel Wimmer, Fuhsbüttler Straße: Julie Nagel, Mondspielplatz Neuallermöhe: Lawaetz-Stiftung, Horner Freiheit: Sprinkenhof (Franziska Glück), Stadtteilschule Lurup: Behnisch Architekten, Bodentrampolin Rahlstedt-Ost: K. Rieke, Vereinsstraße: Archiv BSW | S. 2 + 3: Foto: Senatskanzlei Hamburg; C. Möller; Karten: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung (BSW/WSB) u. Kartengrundlagen Freie und Hansestadt Hamburg (FHH)/Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) | S. 4: BSW/WSB | S. 5: vgl. Titel | S. 6: Archiv BSW/WSB | S. 7: oben Archiv BSW/WSB; unten Archiv steg Hamburg mbH | S. 8: oben links Walter Schießwohl / steg Hamburg mbH; darunter steg Hamburg mbH; rechts Corvin Blanke, BSW | S. 9: oben H. Hass; unten links Archiv BSW/WSB; rechts A. Bock | S. 10: links BSW/WSB; rechts bfö | S. 11: oben links Georg Becker; oben rechts Michael Zapf; unten Klangstrolche – ein Projekt der Stiftung Kulturpalast Hamburg | S. 12 unten links Michael Zapf; oben rechts Julie Nagel; unten rechts: Erik-Jan Ouwerkerk | S. 13 + 14: Schaubilder BSW/WSB | S. 15 oben links uc-tv.de; unten links Lawaetz-Stiftung; rechts steg Hamburg mbH | S. 16 links Barmbek Basch; oben rechts Treibhaus Landschaftsarchitektur; unten rechts Lawaetz-Stiftung | S. 17: c/o Zukunft – Urbane Strategien; C. Möller; LGV/Bezirksamt Harburg | S. 18: BSW/WSB; Julie Nagel | S. 19–21: BSW und Kartengrundlagen FHH/LGV | S. 22: ALP GmbH | S. 23: KWB e.V./Jens Hannewald



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier